

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

Nachtschicht eingerichtet. Schwieriger wird die Situation in Belgrad, wenn es regnet. Hier haben die Flüchtlinge einen Zufluchtsort im Parkhaus nahe dem Busbahnhof gefunden. Die Lage ist friedlich und man geht auf humane Weise miteinander um. Jedoch ist weitere internationale Unterstützung erforderlich, um den steigenden Flüchtlingszahlen gerecht zu werden.

Slowakische Republik

Dr. Werner Böhler / Gabriela Tibenská (27.08.2015)

Die slowakischen Medien berichten über konkrete Tatsachen zum Thema Migration, bringen Reportagen, aber bewertende Kommentare und tiefergehende Analysen findet man eher selten.

Im Juni berichteten die Medien ausführlich und kritisch über zwei Demonstrationen gegen Migration in der Hauptstadt Bratislava und der nordslowakischen Stadt Zilina, bei denen einige Tausende Radikale, Extremisten und Nationalisten aus der Slowakei, aber auch aus Polen und Tschechien ihre Ablehnung und ihren Hass gegenüber Einwanderern zum Ausdruck gebracht haben. Ferner wurde kritisch bemerkt, dass Premierminister Robert Fico (Sozialdemokratische Partei SMER) sich durch seine fast gleichgültige Haltung gegenüber dieser für slowakische Verhältnisse unerwartet aggressiven Versammlung populistisch den Massen anpasse, anstatt sich mit klaren Worten für Solidarität auszusprechen. Die Medien zitierten in diesem Zusammenhang auch Äußerungen bekannter Persönlichkeiten, die sich für die Unterstützung und die Aufnahme von Flüchtlingen ausgesprochen und darauf hingewiesen haben, dass die Slowaken in der Vergangenheit selbst als Flüchtlinge in Europa und Amerika aufgenommen wurden.

In den letzten Wochen berichteten die Medien über die auf EU-Ebene geführte Diskussion über Verteilungsquoten von Flüchtlingen. Daraufhin folgten Meldungen darüber, dass die slowakische Regierung etwa 100 christliche Flüchtlinge und dazu lediglich für eine Übergangszeit weitere 500 Asylsuchende aufnehmen wird, die sich zunächst in Österreich aufhielten. Vom Premierminister Robert Fico wurde dies als Akt des guten Willens bezeichnet.

Ende August reflektierten die Medien, dass die Äußerung des slowakischen Außenministeriums über die Aufnahme von ausschließlich christlichen Flüchtlingen scharfe Kritik seitens der Medien und offiziellen Stellen in anderen EU-Staaten und den USA hervorrief. Die eher liberalen Medien haben diese Kritik angenommen, konservative online Medien halten dieses Vorgehen hingegen für richtig, mit der Begründung, dass die Slowakei nur wenig Erfahrung mit Flüchtlingen habe und deswegen vorerst nur solche aufnehmen sollte, die sich aller Voraussicht nach am besten in dem traditionell christlich geprägten Land integrieren könnten.

Wahrnehmung des Themas bei den politischen Parteien

Die Vorsitzenden der oppositionellen Christlich-Demokratischen Bewegung (KDH) und der Partei Most-Hid sprechen sich dafür aus, dass die Slowakei den aufgrund ihrer Konfessionszugehörigkeit verfolgten Menschen aus Kriegsgebieten aus humanitären Gründen helfen müsse. Es sei eine menschliche Pflicht, diesen Menschen zu helfen.

Im Juni 2015 kam der syrische Patriarch Gregorios III. auf Einladung des KDH-Vorsitzenden Ján Figel' nach Bratislava und traf dort u.a. mit PM Robert Fico und Außenminister Miroslav Lajčák zusammen. Die KDH-nahe Anton-Tunega Stiftung organisierte in Zusammenarbeit mit dem KAS-Büro Bratislava eine große öffentliche Veranstaltung mit dem Patriarchen, Ján Figel' und dem slowakischen Bischof und Sekretär der Vatikanischen Kongregation für die orientalischen Kirchen Cyril Vasiľ. Über den Besuch wurde in auch im staatlichen Fernsehen berichtet.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

Oktober 2015

www.kas.de

MdEP Anna Záborská (KDH) setzte sich im EP und auch in der Slowakei mit großem Engagement für die verfolgten Christen und Flüchtlinge anderer Konfessionen ein.

Der Most-Hid-Vorsitzende Béla Bugár warnte davor, dass die Politiker sich in ihren Stellungnahmen den Meinungsumfragen anpassen und meinte, dass viele Politiker gegen die Flüchtlinge aufhetzen. Bugár unterstrich die Pflicht der Politiker, sich klar und ohne jedes Zögern gegen Extremismus zu stellen. Politiker dürften keinen Hass gegen Flüchtlinge provozieren (Tageszeitung *Pravda*, 18.7.2015)

Seitens der sozialdemokratischen Regierungspartei SMER und des Premierministers Robert Fico gab es keine offenen Aufrufe zur Solidarität, vielmehr werden (populistisch) Sorgen um die Sicherheit des Landes zum Ausdruck gebracht, wobei aber mit Nachdruck wiederholt wird, dass die Slowakei für die Sicherheit ihrer Bürger haften wird.

Der SMER-Parlamentsabgeordnete Ján Podmanický sagte der online Zeitung aktualne.sk: „Die Migranten werden uns nicht zerstören, solange wir uns selbst nicht zerstören... Die an-tretende Invasion der Nationen mit einer „Kultur des Kinder habens“ wird nach mathematischer Logik siegen, wenn wir uns nicht besinnen und zu den traditionellen Werten zurück-kehren...“.

Aufschlussreich waren die Ergebnisse einer Umfrage der Agentur Polis vom Juni 2015 (Tageszeitung *Pravda*, 17.6.2015) bei der gefragt wurde „Sind Sie dafür, dass die Slowakei die Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und Nordafrika laut Quoten der EU aufnimmt?“ und „Glauben Sie, dass die Flüchtlinge für die Slowakei ein Sicherheitsrisiko darstellen?“

Dabei wurde auch zwischen den Wählern der Partei Smer und der oppositionellen Mitte-rechtsparteien unterschieden. Nur 23,5 Prozent der Befragten beantwortete die erste Frage mit einem *Ja*, 70,1 Prozent mit *Nein* und 7 Prozent mit *Weiß ich nicht*. Interessant ist dabei der Unterschied zwischen den beiden Lagern: Mit *Ja* antworteten nur 15,7 Prozent der SMER-Wähler im Vergleich zu den 25,2 Prozent der oppositionellen (mitte-rechts) Wähler. Ähnlich ging es auch bei der zweiten Frage, bei der 74,3 Prozent der SMER-Wähler und 63,1 Prozent der Oppositionswähler die Flüchtlinge für ein Sicherheitsrisiko hielten.

„Willkommenskultur“ in der Slowakei

Die Slowakei hat nur wenige Erfahrungen mit Flüchtlingen, das Land wird eher als Transitland von den Flüchtlingen wahrgenommen. Während sich sowohl die liberalen als auch die konservativen Medien für die Aufnahme von Flüchtlingen aussprechen, ist die Bevölkerung gespalten. In den Sozialen Medien wird sichtbar, dass viele Angst vor den Flüchtlingen mit ihrer fremden Kultur und vor allem vor Muslimen haben, die sehr oft mit dem Islamischen Staat gleichgesetzt werden.

Es gibt jedoch auch viele Menschen, die bereit sind, den Flüchtlingen zu helfen. Die Slowakei hilft inzwischen auch dem Nachbarnland Ukraine. Da dieser Konflikt näher ist, sind die Menschen in diesem Fall auch viel sensibler.

Ein Partner der KAS, die Ladislav-Hanus-Gemeinschaft rekrutiert über das Internetprojekt www.ktopomoze.sk (wörtlich: www.werhilft.sk) freiwillige Helfer, die bereit sind, den Flüchtlingsfamilien zu helfen. Das Projekt hat inzwischen mehr als 1.200 Unterstützer vor allem aus dem christlichen Umfeld gefunden und zur Zeit wird mit dem Außenministerium, der Regierung und der Caritas über das konkrete Vorgehen bei der Aufnahme der Flüchtlinge, die Ende 2015 in der Slowakei ankommen sollen, verhandelt.

Auch die Kirche hat sich nach (unverständlichem) anfänglichem Zögern klar dafür ausgesprochen, dass man den Flüchtlingen helfen muss und organisiert in den Kirchen Sammlungen für Irak und Syrien. Die katholische Caritas eröffnete schon früher Hilfszentren für Flüchtlinge und berichtet über ihre Arbeit und über konkrete Einzelschicksale in ihren Flugblättern und in der Katholischen Wochenzeitung.

Zuständigkeiten

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

Oktober 2015

www.kas.de

Die Zuständigkeit für Flüchtlinge liegt beim Immigrationsamt des Innenministeriums und bei dem Innenministerium selbst.

Im Moment ist die Lage in der Slowakei noch ruhig, illegale Migranten überschreiten die slowakische Grenze nur in geringer Zahl. Allerdings haben inzwischen zwei kleine Gemeinden, in denen Flüchtlinge untergebracht werden sollen, eine Abstimmung organisiert und die Aufnahme der Flüchtlinge dabei abgelehnt. Ob diese Entscheidungen auch akzeptiert werden ist noch unklar, denn die kommunalen Volksbefragungen haben keinen verbindlichen Charakter. Mitarbeiter der Caritas und Experten meinen, man sollte die slowakische Bevölkerung nicht überfordern und vorerst nur eine geringe Anzahl christlicher Flüchtlinge unterbringen, um die Bevölkerung Schritt für Schritt zu mehr Offenheit gegenüber den bedürftigen Fremden zu bewegen.

Slowenien

Dr. Michael Lange (28.08.2015)

Die slowenische Regierung hat sich gegenüber Plänen der EU-Kommission zur Bewältigung der Flüchtlingskrise durch die Vereinbarung fester Verteilungsquoten zwischen EU-Mitgliedsstaaten von Beginn an sehr zurückhaltend gezeigt. Wie andere Staaten in Südost- bzw. vor allen Dingen in Osteuropa beharrte man lange Zeit auf dem Standpunkt, dass Solidarität mit Flüchtlingen nicht auf Zwang sondern auf Freiwilligkeit beruhen sollte und dass man es deshalb den einzelnen EU-Mitgliedstaaten überlassen solle, über die Aufnahme von Flüchtlingen selbstständig zu entscheiden.

Slowenien gegen Aufnahmequoten

Während eines Treffens der europäischen Innenminister erklärte deshalb die slowenische Vertreterin, Vesna Györköš Žnidar bereits im Juni 2015, dass Slowenien auf seine beschränkten Ressourcen Rücksicht nehmen müsse, wobei für sie die mit der Aufnahme von Flüchtlingen aus Nordafrika und dem Nahen Osten einhergehenden Sicherheitsrisiken eine besondere Bedeutung hätten. Während Frankreich und Deutschland sich für feste Quoten aussprächen, würde es Slowenien – wie andere ehemalige Ostblockstaaten – vorziehen, selbst über Umfang und Tempo der Aufnahme von Flüchtlingen zu entscheiden. Feste Quoten würden ihrer Meinung nach zu wenig Rücksicht auf Faktoren wie Größe und Anzahl urbaner Zentren, Vorhandensein von Aufnahmelagern, -kapazitäten sowie historische Erfahrungen mit der Unterbringung bzw. Integration von Flüchtlingen nehmen. Solidarität müsse verantwortungsbewusst gewährt werden und dabei sowohl die Interessen der Flüchtlinge bzw. der EU, als auch die Interessen der Bürger der Aufnahmeländer berücksichtigen und zwar gleichgewichtig. Wenn man gezwungen würde, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, als man realistischer Weise verkraften könne, würde dies, sowohl für das eigene Land, als auch für die EU, nur nachteilige Folgen haben, denn die meisten Flüchtlinge würden unter solchen Bedingungen nicht in Slowenien bleiben wollen sondern stattdessen in andere EU Mitgliedstaaten weiterziehen. Die Europäische Kommission habe vorgeschlagen, dass Slowenien 495 der sich bereits in Aufnahmelagern in Griechenland und Italien aufhaltenden Flüchtlinge und weitere 207 Asylsuchende Personen, die sich noch außerhalb der EU-Mitgliedstaaten aufhalten, aufnehmen solle und dabei für jeden registrierten Flüchtling auch Finanzhilfen in Höhe von EUR 6.000 zugewiesen bekommen solle.⁵⁷

Slowenische Sicherheitsbedenken

Die slowenische Ministerin betonte bei diesem Treffen auch, dass die Aufnahmekapazität der EU Mitgliedstaaten von den verschiedensten, nicht zuletzt auch wirtschaftlichen Aspekten abhängen und deshalb sehr unterschiedlich sei bzw. nicht mit einer festen Quote beschieden

⁵⁷ <http://www.sloveniatimes.com/slovenia-opposed-to-binding-refugee-quotas-in-eu> [28.08.2015].